

Die beiden Abgeordneten sind mit Ergebnis zufrieden

Sondierung | Annette Widmann-Mauz und Martin Rosemann melden sich zu Wort

Hechingen. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Sondierungsgespräche in Berlin haben sich sowohl die Parlamentarische Staatssekretärin und CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, Annette Widmann-Mauz, als auch der Tübinger SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Rosemann zu Wort gemeldet. Beide zeigten sich zufrieden.

»Die vorliegenden Sondierungsergebnisse tragen eine deutliche schwarze Handschrift«, erklärte Annette Wid-

mann-Mauz. »Die 25 Stunden Sondierungsgespräche waren anstrengend, sie haben sich aber gelohnt, wir konnten ein starkes Paket für Familien und Kinder schnüren.« »Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, Steuererhöhungen und einen Systemwechsel in der Krankenversicherung zu verhindern und gleichzeitig die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags für 90 Prozent der Steuerzahler und zukunftsweisende Investitionen in Bildung und digitale Infrastruktur voranzubrin-

gen«, ergänzte sie. Auch für die Infrastruktur in ihrem Wahlkreis Tübingen-Hechingen hat Widmann-Mauz positive Nachrichten: Es bestehe eine »besondere Chance« für die Realisierung der Regionalstadtbahn als auch den Ausbau von B27 und B28

Zu den erfolgreichen Sondierungsgesprächen über eine Große Koalition erklärt Martin Rosemann: »Den Auftrag, eine mögliche Regierungsbildung auszuloten, haben wir in vier Tagen in Sondierungsgesprächen umgesetzt. Durch

die Sozialdemokraten ist die notwendige Professionalität in die Gespräche über die zukünftige Regierung zurückgekommen.«

Das Ergebnis sei eine solide Grundlage, auf der die möglichen Regierungspartner jetzt in Koalitionsverhandlungen einsteigen könnten. Er betont die deutlich erkennbare Handschrift der SPD bei Themen wie der Stärkung der Pflege, der Stabilisierung der Renten, dem Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulalter oder einer In-

vestitionsoffensive in Bildung und Forschung.

Ein großer Erfolg der SPD sei auch, dass künftig Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beiträge zur Krankenversicherung wieder je zur Hälfte tragen sollen. Rosemann geht davon aus, dass der Bundesparteitag der SPD am 21. Januar die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen beschließen werde. Er begrüßt zudem das Versprechen, im Falle einer Koalition einen neuen politischen Stil zu pflegen, um so die Demokratie zu stärken.